



Katholische Arbeitnehmer-Bewegung Deutschlands

zur Bundestagswahl am 26. September 2021

**KAB mischt mit –
Für ein christliches Miteinander in der Arbeitswelt**

**Das fragen wir die Kandidat*innen zur Wahl
des 20. Deutschen Bundestags!**



KAB! TRITT EIN FÜR DICH.

Thema: Arbeit

WERTvoll arbeiten – menschenwürdig statt prekär

Ausgangslage

Prekäre Arbeit ist weiterhin auf dem Vormarsch. Prekäre Arbeitsverhältnisse sind häufig ungeschützt, schlecht entlohnt, risikobehaftet und bedeuten eine ungewisse Perspektive für die Zukunft. Prekär Arbeitende können ihre Rechte nicht ausreichend wahrnehmen und haben so einen geringeren sozialen Schutz. Sie tragen ein deutlich höheres gesundheitliches Risiko, sind größeren Gefahren ausgesetzt, zu erkranken und sogar dauerhaft arbeitsunfähig zu werden. Arbeitslosigkeit ist eine ständige Bedrohung für viele prekär Beschäftigte. 40 Prozent der Beschäftigungsverhältnisse sind mittlerweile »atypisch«, d.h. sie entsprechen nicht in vollem Maße »Normalarbeitsverhältnissen«.

Dafür setzen wir uns ein!

Wir wollen einen gerechten Lohn für alle! Wer arbeitet, muss von seinem Lohn leben können. Deshalb muss der gesetzliche Mindestlohn deutlich auf 14,09 Euro pro Stunde angehoben werden. Wir setzen uns dafür ein, dass der Mindestlohn mindestens 60 Prozent des Durchschnittslohns beträgt.

Wir wollen prekäre Arbeit abschaffen! Jede Arbeit muss menschenwürdig sein. Unser Ziel ist eine Vollbeschäftigung an menschenwürdiger und WERTvoller Arbeit. Arbeit ist wertvoll. Nur dann ist sie sinnvoll, verlässlich, beständig und gut für alle. Dann stärkt sie das Gemeinwohl und den sozialen Zusammenhalt in unserer Gesellschaft. Dafür setzen wir uns ein.

Wir wollen die Rechte der arbeitenden Menschen stärken und ausbauen! Deshalb muss die Tarifbindung durch ein Tariftreuegesetz und Allgemeinverbindlichkeitserklärungen deutlich ausgebaut werden. Wir fordern den Ausbau der betrieblichen und überbetrieblichen Mitbestimmung. Wir setzen uns für ein Lieferkettengesetz ein, das menschenwürdige Arbeit in allen Produktions- und Distributionsprozessen als Kernnorm festschreibt.



Vier Fragen an die Kandidat*innen zum 20. Deutschen Bundestag:

1. Wie stehen Sie zu der Forderung der KAB, den gesetzlichen Mindestlohn auf 14,09 Euro zu erhöhen? Welche Höhe des gesetzlichen Mindestlohns favorisieren sie?
2. Die KAB setzt sich für menschenwürdige Arbeit ein und fordert die Abschaffung »prekärer Beschäftigungsverhältnisse«. Wie stehen Sie zu dieser Forderung? Für welche politischen Maßnahmen werden Sie sich einsetzen, um »Normalarbeitsverhältnisse« auszubauen und zu stärken?
3. Die KAB will die Tarifbindungen und die Mitbestimmung stärken und ausbauen. Welche Bedeutung hat für Sie persönlich die betriebliche Mitbestimmung und die Unternehmensmitbestimmung? Was sagt ihre Partei dazu?
4. Mit zahlreichen anderen Organisationen engagiert sich die KAB seit langem in der »Initiative Lieferkettengesetz«, damit Unternehmen Menschenrechte achten und Umweltzerstörungen vermeiden - bei uns, in Europa und weltweit. Wie stehen Sie zu einem wirksamen Lieferkettengesetz? Sollte Deutschland eine Vorreiterrolle für soziale und ökologische Standards in Europa und weltweit übernehmen?



Thema: Verteilungsgerechtigkeit

Die Lasten der Corona-Pandemie gerecht verteilen!

Ausgangslage

Die Corona-Pandemie hat unsere Gesellschaft tief erschüttert und die soziale Spaltung unserer Gesellschaft offengelegt. Sie hat vor allem diejenigen hart getroffen, die sowieso schon am Rande unserer Gesellschaft stehen: Geringverdiener*innen, Minijobber*innen, Soloselbständige, »Click-Worker«, kurzfristig Projektbeschäftigte, Alleinerziehende, Auszubildende, Student*innen, Zugewanderte, Erwerbslose, Pflegebedürftige und Menschen mit Behinderungen und Obdachlose. Die Bundesregierung hat mit Rettungsschirmen, Überbrückungshilfen, Konjunkturpaketen und anderen Maßnahmen den Kollaps verhindert. Der Sozialstaat hat sich als funktionsfähig gewiesen. Gleichzeitig sind aber auch seine Defizite deutlich geworden. Sichtbar wurden die verheerenden Folgen der Privatisierung, der Deregulierung und der Spar- und Kürzungspolitik der letzten Jahrzehnte. Der Staat hat sich in einem historischen Ausmaß verschuldet. Wer zahlt jetzt die Folgekosten?

Dafür setzen wir uns ein!

Wir wollen eine gerechte Lastenverteilung! Deutschland ist mittlerweile eine Steueroase für Erbschaften und Vermögen. Wir fordern schon seit langem, dass der vorhandene Reichtum gerechter verteilt wird und dass Gemeinwohl vor Profit geht. Diese Forderungen sind aktueller denn je. Wir setzen uns für eine gerechte Steuerreform als Teil einer solidarischen Umverteilungspolitik ein, die Großerben, Spitzenverdiener, Multimillionäre und Milliardäre und finanzstarke Unternehmen zukünftig, etwa durch eine Vermögenssteuer, stärker besteuert.

Wir wollen die Lasten nicht kommenden Generationen aufbürden! Gegenüber der wirtschaftlichen Leistung unseres Landes hält sich die Staatsverschuldung in einem verträglichen Maß. Der Anteil der Staatsschulden am Sozialprodukt ist im internationalen Vergleich niedrig. Dennoch: Wir setzen uns dafür ein, dass nicht kommende Generationen die Zeche zahlen und eine grundlegende Steuerreform in der kommenden Legislaturperiode des Dt. Bundestages umgesetzt wird, die endlich Steuergerechtigkeit herstellt. Wir setzen uns weiterhin nach dem Leistungsprinzip für eine progressive Besteuerung und einen Spitzensteuersatz von 50 Prozent ein. Wir wollen die Regelsätze der Grundsicherung deutlich auf ein bedarfsdeckendes Niveau anheben.



Vier Fragen an die Kandidat*innen zum 20. Deutschen Bundestag:

1. Wie beurteilen Sie die finanziellen Folgen der Corona-Pandemie? Halten Sie eine höhere Staatsverschuldung für gerechtfertigt?
2. Die KAB setzt sich für mehr Steuergerechtigkeit ein, die nach dem Leistungsprinzip Großerben, Spitzenverdiener, Multimillionäre und Milliardäre und finanzstarke Unternehmen, etwa durch eine Vermögenssteuer, stärker belastet. Was ist ihre Meinung dazu?
3. Welche (Gegen-)Vorschläge haben Sie, um mehr Steuergerechtigkeit und einen Lastenausgleich herzustellen? Für welche Maßnahmen werden Sie sich im Deutschen Bundestag einsetzen?
4. Wie sehen Sie grundsätzlich die Zukunft des Sozialstaates? Muss dieser weiter abgebaut, eingefroren oder eher ausgebaut werden? Wo sehen Sie dringenden Handlungsbedarf?



Thema: Sozial-ökologische Erneuerung

Die Wirtschaft transformieren – Wohlstand für alle sichern!

Ausgangslage

Der Klimawandel ist für alle sichtbar. Hauptverursacher sind die reichen Länder, die u.a. durch ihren übermäßigen Verbrauch fossiler Brennstoffe über ihre Verhältnisse leben. Wir schädigen unsere Lebensgrundlagen und beuten die göttliche Schöpfung in einem unververtretbaren Maß aus. Einer der Hauptursachen ist unser derzeitiges Wirtschaftssystem, das in kurzer Zeit aus hochwertigen Rohstoffen Müll »produziert«. Eine grundlegende Transformation der Wirtschaft, die sich an den Prinzipien von Individualität, Solidarität, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit gleichermaßen ausrichtet, steht noch aus. Trotz lobenswerter Fortschritte hin zu einer sozial-ökologischen Erneuerung sind wir von einer vernetzten nachhaltigen Kreislaufwirtschaft und Klimaneutralität (noch) weit entfernt.

Dafür setzen wir uns ein!

Wir wollen einen politischen Kurswechsel! Wir setzen uns für neue Formen des Wirtschaftens ein, bei denen menschenwürdige Arbeit und der schonende Umgang mit den natürlichen Ressourcen in den Mittelpunkt gestellt werden. Durch eine sozial-ökologische Transformation wollen wir die soziale Marktwirtschaft weiterentwickeln und zukunftsfähig machen. Wir wollen die politischen und gesellschaftlichen Weichen so stellen, dass wir innerhalb unserer planetarischen Grenzen wirtschaften.

Wir wollen eine ganzheitliche Ökologie! Eine »ganzheitliche Ökologie« nimmt das Ganze in den Blick: Umwelt, Wirtschaft, Soziales und Kultur. Wir setzen uns dafür ein, das Wohlstand an den Maßstäben sozialer Gerechtigkeit, Solidarität und dem Zustand der Umwelt statt allein am Wirtschaftswachstum gemessen wird. Wir setzen uns für eine »ganzheitliche Politik« ein, die nicht länger vom Diktat der Wirtschaft bestimmt wird.



Vier Fragen an die Kandidat*innen zum 20. Deutschen Bundestag:

1. Papst Franziskus hat in seinem Apostolischen Schreiben »Evangelii gaudium« den Satz geprägt: »Diese Wirtschaft tötet« und damit sich gegen eine Wirtschaft gewandt, die u.a. viele Menschen ausschließt und zu einer völligen Ungleichverteilung der Einkommen und Lebensmöglichkeiten führt. Was sagen Sie zu dem Satz?
2. Wir können nicht so weiter wirtschaften wie bisher. Was sind Ihrer Meinung nach die zentralen Politikfelder für eine sozial-ökologische Transformation, die wir in der nächsten Legislaturperiode vorrangig angehen müssten? Für welche werden Sie sich einsetzen?
3. Deutschland will bis zum Jahr 2050 weitgehend »treibhausgasneutral« werden – so der »Klimaschutzplan 2050«. Die Klimaziele 2020 haben wir nur aufgrund der Corona-Pandemie und dem damit verbundenen Rückgang der Mobilität und Produktion erreicht. Zwar haben wir einen positiven Trend, aber wenn es in diesem Tempo weiter geht, werden wir das für 2050 formulierte Ziel der Treibhausgasneutralität nicht erreichen. Was sind aus Ihrer Sicht die zentralen politische Maßnahmen, um das Ziel dennoch zu erreichen?
4. Umfragen belegen, dass eine Mehrheit in Deutschland bereit ist, die notwendige sozial-ökologische Erneuerung mitzutragen, wenn es dabei eine gerechte Lastenverteilung gibt? Wie könnte diese aussehen?



Thema: Demokratie wählen

Demokratie ist keine Selbstverständlichkeit – Demokrat*innen wählen!

Ausgangslage

Demokratie ist keine Selbstverständlichkeit, sondern muss immer wieder neu erkämpft und geschützt werden. Gerade die aufgeheizte Stimmung angesichts der Corona-Pandemie hat dies deutlich gemacht. Demokratische Gepflogenheiten wie die faire politische Auseinandersetzung und das argumentative Ringen um die besten Lösungen sind Wesensmerkmale demokratischer Prozesse und einer abwägenden Meinungsbildung. Ohne das »Gebot der Fairness« und der Achtung vor dem politischen »Mitbewerber« können auch demokratische Wahlen – das Herzstück einer jeden Demokratie – nicht fair ausgetragen werden. Demgegenüber nehmen auch bei uns Hetze und Diffamierung bis hin zu Morddrohungen gegenüber gewählten Abgeordneten zu. Politische Gegner werden als Feinde diffamiert, bekämpft und verhöhnt. Beleidigungen, Verleumdungen, Hetze, Verschwörungstheorien und Unwahrheiten werden über das Internet, Twitter, Facebook und andere Medien verbreitet. Ängste von Menschen werden von Extremisten, Radikalen und rechtspopulistischen Parteien ausgenutzt, um sie für das »eigene Lager« und nicht selten gegen die Demokratie zu mobilisieren.

Dafür setzen wir uns ein!

Wir wollen die Demokratie stärken! Demokratie lebt von unten, vom Engagement aller Bürgerinnen und Bürger, die sich mit fairen und demokratischen Mitteln einmischen. Wir setzen uns in Bündnissen für eine starke Zivilgesellschaft ein, die Grundlage unseres demokratischen Gemeinwesens und Ausdruck demokratischer Willensbildungsprozesse ist. Wir lehnen jede Zusammenarbeit mit demokratie- und fremdenfeindlichen, rassistischen, intoleranten und die Menschenwürde nicht achtenden Parteien ab. Die Positionen der AFD sind mit den Werten der KAB unvereinbar.

Wir wollen die soziale Demokratie ausbauen! Demokratie lebt davon, dass alle Bereiche der Gesellschaft demokratisch gestaltet werden. Eine »soziale Demokratie« ist dabei ein Gemeinwesen, in dem die repräsentative Demokratie und das Sozialstaatspostulat für das Zusammenleben konstitutiv sind. Ohne einen guten Sozialstaat ist die Demokratie gefährdet. Wir setzen uns deshalb für eine Ausweitung der Selbst- und Mitbestimmungsrechte in allen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bereichen ein.



Vier Fragen an die Kandidat*innen zum 20. Deutschen Bundestag:

1. Die Ereignisse im Zusammenhang mit dem Amtswechsel des Präsidenten in den USA, insbesondere die Bilder der Erstürmung des Kapitols, haben uns allen vor Augen geführt, wie anfällig Demokratie sein kann. Wie sehen Sie die derzeitige Lage der Demokratie in Deutschland?
2. Die KAB setzt sich für eine Ausweitung der Demokratie, insbesondere im Bereich der Wirtschaft ein. Stichwort »Wirtschaftsdemokratie«. Welche Schritte und Maßnahmen halten Sie für erforderlich, um die Demokratie zu stärken?
3. Was sind für Sie die zentralen Kriterien einer fairen politischen Auseinandersetzung, eines fairen Wahlkampfes?
4. Die KAB hält die Positionen der AFD mit christlichen Überzeugungen und den Werten der KAB für unvereinbar. Wie stehen Sie dazu?



Weiterführende Hinweise

Thema: Arbeit:

- Leitantrag »Für ein christliches Miteinander in der Arbeitswelt – WERTvoll arbeiten – menschenwürdig statt prekär« zur Bundesdelegiertenversammlung der KAB vom 18. – 20. Juni 2021.

Thema: Verteilungsgerechtigkeit

- Beschluss des 8. Bundesausschusses 13. März 2021 »Corona gerecht überwinden«.
- Aufruf für Umverteilung und eine gerechte Gesellschaft »Die Krise bewältigen, Zukunft gestalten, Reichtum umverteilen: Für eine gerechte Gesellschaft – sozial und ökologisch!«. Download unter <https://www.verdi.de/++file++60a2291f21efb44d61238676/download/Aufruf%20-%20Die%20Krise%20bewältigen.pdf> (eingesehen 20.05.2021).

Thema: Sozial-ökologische Erneuerung

- Beschluss des 14. Bundesverbandstags der KAB 2011 »Fair teilen statt sozial spalten – Nachhaltig leben und arbeiten«. Download unter https://www.kab.de/fileadmin/user_upload/kab_de/Downloads_pdf/14_Bundesverbandstag_Wuerzburg_Beschluss.pdf (eingesehen 20.05.2021)
- Beschluss des 16. Bundesverbandstages der KAB 2017 »Arbeit. Macht. Sinn«. Download unter https://www.kab.de/fileadmin/user_upload/kab_de/Downloads_pdf/leitantrag/Beschluss_Leitantrag_01_09_2017.pdf (eingesehen 20.05.2021)
- Enzyklika »Laudato si' – Über die Sorge für das gemeinsame Haus« von Papst Franziskus, Rom 2015. Download unter http://www.vatican.va/content/francesco/de/encyclicals/documents/papa-francesco_20150524_enciclica-laudato-si.html (eingesehen 20.05.2021)

Thema: Demokratie wählen!

- Erklärung der KAB zum Rassismus. Beschluss des Bundesausschusses vom 08. März 2020 in Ludwigshafen. Download unter https://www.kab.de/uploads/media/KAB-Bundesausschuss-Beschluss-Rassismus_01.pdf (eingesehen 20.05.2021)
- Beschluss des 16. Bundesverbandstages der KAB 2017 »Arbeit. Macht. Sinn«. Download unter https://www.kab.de/fileadmin/user_upload/kab_de/Downloads_pdf/leitantrag/Beschluss_Leitantrag_01_09_2017.pdf (eingesehen 20.05.2021)

Katholische Arbeitnehmer-Bewegung (KAB) Deutschlands e.V.

(anlässlich der Wahl zum 20. Deutschen Bundestag am 26. September 2021)

Text und Redaktion: Dr. Michael Schäfers | Matthias Blöcher

Köln Mai 2021